

Aerosuisse gegen neue Flugsteuer

ENTWICKLUNGSHILFE Schweiz Tourismus und der Dachverband der zivilen Luftfahrt Aerosuisse haben sich entschieden gegen eine Solidaritätsabgabe auf Flugtickets für die Finanzierung der Entwicklungshilfe ausgesprochen. Der Schweizer Tourismus-Verband äusserte sich befremdet über die Entscheide in verschiedenen EU-Ländern und erwartet, dass sich der Bund gegen ein solches wirtschaftsfeindliches Vorhaben ausspricht, wie einer Mitteilung von gestern zu entnehmen ist.

Entwicklungshilfe sei eine öffentliche Aufgabe, die aus dem allgemeinen Bundeshaushalt finanziert werden müsse. Es könne nicht sein, dass allein die Luftverkehrsindustrie und die Flugpassagiere einen Beitrag zur Finanzierung der Entwicklungshilfe leisten müssten. Die Frequenzen im Tourismus würden sofort auf Zusatzkosten reagieren. Eine solche zusätzliche Steuer würde zu einer untragbaren Belastung der Fluggesellschaften und zu Wettbewerbsverzerrungen führen, kritisierte Aerosuisse-Präsident und FDP-Nationalrat Paul Kurrus die neue Abgabe.

Bei einer weltweiten Einführung der Abgabe würde der Luftverkehr mit Zusatzkosten in der Höhe von über zehn Milliarden Euro belastet. Das könne die Branche weder abfedern noch auf die Kunden abwälzen. Der Markt erlaube keine Preiserhöhungen. Es sei geradezu widersprüchlich, den Luftverkehr zu benachteiligen, um den Entwicklungsländern helfen zu wollen. (sda)

